



Pressemitteilung

Klare Ansage an die neue Landesregierung: Umwelt- und Landschaftsschutz sind nicht verhandelbar

Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz in Bozen am 26. Januar haben die Umweltverbände ihre Forderungen an die neue Landesregierung in Südtirol deutlich gemacht. Alpenverein Südtirol, Dachverband für Natur- und Umweltschutz sowie der Heimatpflegeverband vermissen im Regierungsprogramm ein starkes Bekenntnis zum Klima- und Landschaftsschutz und betonten die Dringlichkeit, den Umwelt-, Landschafts- und Ressourcenschutz als zentrales Element in allen politischen Entscheidungen zu berücksichtigen: „Die kommende ist keine beliebige Legislaturperiode, sondern entscheidend für die Zukunft unseres Landes.“

Bis 2040 soll Südtirol klimaneutral werden, so steht es im Klimaplan, der viele ambitionierte Ziele setzt, die Wege dorthin aber noch weithin offenlässt. Damit der Klimaplan keine leere Hülse bleibt, muss in den kommenden Jahren intensiv an der konkreten Umsetzung der im Klimaplan definierten Ziele gearbeitet werden. An diesem Prozess wolle man aktiv mitarbeiten, unterstrich Alpenvereinspräsident Georg Simeoni in Vertretung der Umweltverbände bei der heutigen Pressekonferenz. Das bisher vorgelegte Programm der neuen Landesregierung hinterlassen bei Heimatpflegeverband, Dachverband für Natur- und Umweltschutz und Alpenverein die Sorge, „dass wir uns beim Naturschutz auf Stillstand einstellen müssen.“

Wir brauchen ein Klimaschutzgesetz

Daher forderten die Umweltverbände mit Nachdruck: „Es braucht ein Klimaschutzgesetz, das den Klimaplan eine rechtliche Verbindlichkeit verleiht und politisches Handeln an Klimaverträglichkeit bindet,“ so Josef Oberhofer, Präsident des Dachverbandes für Natur- und Umweltschutz, in seiner Rede. Außerdem müssten wissenschaftliche Gutachten von Fachkommissionen wie dem Umweltbeirat und bestehende Umweltschutzgesetze uneingeschränkte Gültigkeit besitzen. „Wir können es uns nicht mehr leisten, dass der Natur-

und Landschaftsschutz zugunsten einer kurzfristigen Wirtschaftlichkeit hintangestellt wird," betonte die Obfrau des Heimatpflegeverbandes Claudia Plaikner. „Umwelt- und Landschaftsschutz sind nicht verhandelbar.“

Mehr Schutz für den alpinen Raum

Ein besonderes Augenmerk legten die Sprecher auf die Notwendigkeit, öffentliche Fördermaßnahmen an strenge Klimaschutzkriterien zu koppeln. Dies betrifft insbesondere Projekte, die erhebliche Auswirkungen auf die Landschaft und den Ressourcenverbrauch haben. Da müsse in Zukunft noch genauer hingeschaut werden. „Besonders der alpine Raum verdient mehr Respekt," forderte Simeoni. „Wir wünschen uns eine klare Positionierung gegen Erschließungsprojekte wie Almzufahrten, Speicherbecken, Skiverbindungen und Neuerschließungen und fordern die Ausweisung von weiteren Schutzgebieten wie der Langkofelgruppe mit den Cufinböden.“

Mehr Ortsbildschutz und mehr leistbares Wohnen

Diese Schutzzonen sollten weit über die Bergwelt hinausreichen und auch die gewachsene Kultur- und Naturlandschaft betreffen. Die Bereiche Landschafts-, Ortsbild- und Denkmalpflege brauchen mehr Ressourcen, größeren politischen Rückhalt und öffentliche Wertschätzung gerade angesichts der wachsenden Bodennutzung und boomenden Bautätigkeit. Wenn im Regierungsprogramm von einem „großangelegten öffentlichen Wohnbauprogramm“ die Rede ist, so die Heimatpflegeobfrau Plaikner, „sorgt das für weitere Bodenversiegelung und zielt am eigentlichen Problem in puncto leistbares Wohnen vorbei: den großen Leerstand, die hohen Immobilienpreise, die Attraktivität der touristischen Vermietung.“

Mengendeckelung bei Verkehr und Tourismus

Die Verkehrsproblematik sowie eine Deckelung für den Tourismus seien dringende Probleme, wo sich die Umweltverbände in der kommenden Legislatur mehr Einsatz erwarten. Josef Oberhofer dazu: „Auch, wenn niemand gerne unliebsame Entscheidungen trifft, es muss auch einmal am Mengengerüst angesetzt werden, um Ressourcen zu schonen und Landschaft, Mensch und Natur zu entlasten.“

Entscheidende Legislaturperiode für Umwelt- und Klimaschutz

Ein eindringlicher Appell ging daher an die Verantwortung der neuen Landesregierung und besonders an den designierten Landesrat für Raumordnung und Umweltschutz Peter Brunner: „Die kommende Legislatur wird zeigen, wie ernst es unseren Politikern mit der Sorge um unsere Zukunft ist und wie es um den Mut steht, weitsichtige Entscheidungen zu treffen. Ein Aussitzen der großen umweltpolitischen Herausforderungen ist jedenfalls keine Option.“

Für Rückfragen:

Georg Simeoni, Präsident Alpenverein Südtirol,
Tel. 335 726 9061

Josef Oberhofer, Präsident Dachverband für Natur und Umweltschutz in Südtirol,
Tel. 347 580 7930

Claudia Plaikner, Präsidentin Heimatpflegeverband Südtirol,
Tel. 347 5789670

Im Bild:

- Abbruch des Hotels Post in Toblach
Foto: Heimatpflegeverband Südtirol
- Kronplatz, vom Furkelpass aus gesehen
Foto: Anna Pichler
- Speicherbecken Kesselberg, Meran 2000
Foto: Judith Egger
- Bauch des Speicherbeckens, Meran 2000
Foto: Judith Egger